

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff  
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das  
sowie für das Forst-

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
rentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29814

Nr. 298

Sonntag den 22. Dezember 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich in der Beilage.

## Die Heimat grüsst Euch tausendmal, die Jhr in Not u. Tod für sie gestanden!

### Schlussitzung des Rätekongresses.

#### Lärm und Leben.

III. Immer noch wird der Lärm überhört. Viele Ohren hören willig und hören frohlich, wenn von Berlin her eine neue Botenschaft kommt von kämpfenden Demonstrationen, wilden Reden oder gar Zusammenstößen auf der Straße. Viele hören das gerne, weil sie sich nicht befreundet können mit der Umwälzung in Deutschland. Jedem das Recht seiner Meinung, aber Abneigung und Vorurteil sind keine guten Ratgeber, wenn es gilt. Ereignisse abzuwägen, die Wahrheit über sie zu vernehmen. Die Wahrheit aber ist, daß der Lärm nicht das Leben ist.

Das erste Parlament der USA hat Lärm genug und übergenug erlebt, vor dem Abgeordnetenhaus und auch drinnen im Saal. Der wilde Ledebour hat den Volksbeauftragten Ebert ein „Schandmal“ genannt, das sofort ausgelöscht werden müsse. Gemacht! Ebert sitzt fester im Sattel, als daß man ihn mit wilden Reden herauswerfen könnte. Vier Fünftel oder mindestens drei Viertel dieser ersten geordneten, gewählten Versammlung stehen hinter ihm, die Soldaten vor allem. Ist es nicht sonnenklar, daß gegen diese lebendigen Tatsachen Reden noch so donnernden Ungeheims ohnmächtig sind, daß sie nur die Luft erschüttern, aber sonst nichts?

Schlimmer als viele Reden selbst ist der Widerhall, den sie finden. In manchen Berichten liest sich das, als ginge alles draunter und drüber. Auf die Art läßt sich vielleicht der Umwälzung ein Bein stellen. Verbreitet man die Meinung, daß wir in einem heillosen Chaos leben, dann fähet man die Saat des Ueberdrusses. Die Spekulation ist falsch. Erstens ist der neue Rechtszustand nicht so leicht zu verwirren, — er hat Kräfte hinter sich, gegen die nicht nur der Lärm einer kleinen Minderheit ohnmächtig ist, sondern auch das Mißvergnügen derer, die auf den Lärm und mit dem Lärm spekulieren. Zweitens: wenn es dielem oder jenem Bündnis mit den Lärmmachern der äußersten Linken wirklich gelänge, die Ordnung der Umwälzung zu erschüttern, dann würde noch lange nicht der Weizen des Landes Deutschland und seiner Einwohner blühen, sondern es gäbe dann wirklich ein wildes Durcheinander und einen Zusammenbruch, der alles hegen läßt.

Indessen: es hat gute Weise, es wird nicht dahin kommen, wenn nicht durch den Lärm und die übertriebene Wichtigkeit, die man ihm beimißt. Gefährlicher ist das selbstmörderische Streikfieber, das unsere Arbeiter ergriffen hat. Es ist wirklich selbstmörderisch, denn es wird unsere Wirtschaft lahmlegen, wenn es nicht bald ausgerottet haben wird. Die Rüstungsindustrie im Kriege hat den Arbeitsmarkt heillos verwirrt und die Kräfte auch. Die Phantastikpreise der Lebensmittel des Schleichhandels, der Kleider und Schuhe haben den Maßstab des Lebensunterhalts und seiner Kosten so gestreckt, daß auch die Arbeiter von dem Verlangen beherrscht sind, nur so viel zu ergattern wie irgend zu greifen und zu holen ist.

Sie vergessen, daß wir auch auf diesem Wege — also ohne eine bolschewistische Regierung — zu russischen Zuständen kommen müssen. An diesen Zuständen ist das Schlimmste, daß Gewerbe und Handel zugrunde gerichtet werden durch Preise und Löhne, die wohl einen kurzlebigen Zustand der Friederhitz hervorrufen können, nicht aber das geregelte Leben der Wirtschaft, die auf dem Grundsatz ruht: leben und leben lassen. Das Streikfieber muß also bald ausheilen, sonst geraten wir in den Sumpf einer Unordnung, der zuerst die Arbeiter verschlingen muß, die nicht wie andere vom Kapital schren können. Die Arbeiter müssen also darüber belehrt werden, daß Streik und unmögliche Löhne, bei denen kein Schwereisen rauchen kann, buchstäblich Selbstmord für sie sind.

Aber: man darf sich ein wenig darauf verlassen, daß die Vernunft bald die Oberhand gewinnen wird. Sie hat einen Verbündeten, der allerdings beinahe so schlimm ist, wie das Unheil, dem gefeuert werden muß. — Die Arbeitsnot, die bereitbricht. Wir werden bald in einer schlimmen Zeit die Arbeitslosigkeit haben. Wir haben weder

Baumwolle, noch Wolle, noch Leder, noch Steine, noch Holz, noch Eisen, um weben, Säube fabrizieren, Häuser bauen zu können, und es wird eine Weile dauern, bis wir das können werden. Die heimgekehrten Soldaten und die Arbeiter aus der Kriegsindustrie können also nicht untergebracht werden. Arbeitslosigkeit und Not werden die Wintermonate über unser Leben bedrücken, und wir haben wahrhaftig alle miteinander einen Grund uns mit Verdruck in die böse Zeit zu schicken, damit wir sie mildern und überstehen können.

Was unserem Staate jetzt gefährlich wird, das ist nicht der Lärm, sondern die Not, die an des Lebens Iste pocht. Sie ist ein Erzeugnis des Krieges. Wir müssen einzig werden in dem ernstlichen Willen, diese Not gemeinsam zu bändigen, ihr männlich und mit der Einsicht zu begegnen, daß wir ihr gegenüber wirklich und wahrhaftig „solidarisch“ sind. Sie zwingt uns zur Solidarität, zu der allen Arbeiterlosigkeit, und die Arbeiter müssen — bei Strafe des allgemeinen Elends, das sie zuerst und am schlimmsten treffen wird — einsehen, daß der allgemeine Mangel unserer Wirtschaft auch sie dazu zwingt, sich der allgemeinen Solidarität anzubequemen.

#### Aufhebung der Blockade in Aussicht.

Wilson gegen den Gewaltfrieden.

Bern, 20. Dezember.

Der amerikanische Lebensmittellieferant Hoover erklärt, Deutschland könne für sich selbst sorgen, falls man ihm dazu die Möglichkeit lasse. Die russische Blockade müsse aufgehoben werden, damit Deutschland aus Schweden und Norwegen Fische und aus Argentinien Getreide bekommen könne. Aber die Aufhebung der Blockade sei die Bedingung dafür.

Wilson läßt ausdrücklich erklären, daß er den von der Liga zur Erzwungung des Friedens aufgestellten Plan nicht billige. Der Präsident betont ferner nochmals, es sei nicht nur Anhänger des Planes eines Völkerbundes, sondern er halte seine Gründung für unethisch zur Aufrechterhaltung des Friedens. Er habe dem Plane der genannten Liga niemals weder direkt noch indirekt zugestimmt.

#### Schlussitzung des Rätekongresses.

OB, Berlin, 20. Dezember.

Das Programm des Kongresses ist gestern in sehr looser Abendstunde geändert worden. Gegen 10 Uhr wurde die Absicht, den Kongress zu schließen, aufgegeben und die Schlussitzung auf heute verlegt werden. Die Sitzung wird mit der Mitteilung des Vorhergehenden eröffnet, daß die Feststellung des Volksbeauftragten Haase über die Abgrenzung der Zuständigkeit des Rates der Volksbeauftragten und des Zentralrates in namentlicher Abstimmung vom Kongress mit 200 gegen 150 Stimmen gutgeheißen worden ist.

Ein Antrag der Unabhängigen fordert zum Zweck der Bekämpfung aller separatistischen Bestrebungen und zur Förderung des großdeutschen Gedankens die Dinaushebung aller Landtagswahlen und die Aufhebung der bereits festgesetzten Wahltermine. Die Regelung der kleinstaatlichen Verhältnisse durch die Nationalversammlung werde sicher so erfolgen, daß die Einzelstaaten fortfallen.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt, und es beginnt die Beratung des wichtigsten Punktes der heutigen Tagesordnung:

#### Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

Referent Dr. Dillerting-Verlin fährt aus, daß bei der Sozialisierung der Anfang gemacht werden müsse mit dem Kohlenbergbau und der Schwerindustrie, denn im Bergbau verkörpere sich am deutlichsten Weien und Stärke des deutschen Kapitalismus. Gewinnen wir das Verfügungsrecht über Kohle und Eisen, so treffen wir den Kapitalismus in seiner wirtschaftlichen Machtstellung an der empfindlichsten Stelle. Wir gewinnen dadurch gleichzeitig das Verfügungsrecht über einen großen Teil der Industrie und erhalten durch die Übernahme des Bergbaus und der Schwerindustrie auch Einfluß auf das Bankkapital. Kann endlich aber die Frage, wie das geschehen soll, ob durch Konfiskation oder durch Entschädigungszahlung. Die Konfiskation wird nicht der

richtige Weg sein, da dabei ungeheure Schwierigkeiten entstehen. Es empfiehlt sich deshalb, den Weg der Entschädigung einzuschlagen, wobei zu bedenken ist, daß der Unterschied zwischen Konfiskation oder Entschädigung für uns doch eine tatsächliche Frage ist. Auch braucht nicht alles durch Entschädigung abgedeckt zu werden, z. B. Verabreichung können ohne weiteres ohne Entschädigung emanzipiert werden.

#### Bei der Landbewirtschaftung

werden wir in die mittleren und kleineren Betriebe nicht direkt eingreifen dürfen, dagegen können wir den Großgrundbesitz wohl sozialisieren, ohne ihn aber vollständig aufzulösen, da er für gewisse Produktionszweige die günstigste Betriebsart ist. Wir müssen mit Überlegung und langsam vorgehen, damit nicht das ganze Werk verunstaltet wird. Auch in diesem Zusammenhang muß der Satz gelten: Die Revolution darf sich nicht auflösen in eine Lohnbewegung. (Weiß, Zustimmung.) Die Betriebe gehören jetzt der neuen sozialen Gemeinschaft und sie muß dafür sorgen, daß diese Betriebe in beinahe gleichem Zustand in die soziale Gesellschaft übergeführt werden. (Weiß, Zustimmung.)

#### In der Aussprache

ergreifen zunächst Vertreter aus dem Ruhrrevier das Wort, um die Frage auf Grund praktischer Erfahrungen zu besprechen. Gerade weil die Sozialisierung des Bergbaus bald kommen solle, müßten die Arbeiter auf übertriebene Lohnforderungen verzichten, die ganze Betriebe stillzuliegen drohen. Wenn in dieser Weise fortzufahren werde, würde bald nichts mehr zu sozialisieren da sein.

Volksbeauftragter Voth forderte, daß in der Frage der Sozialisierung schnellstens etwas geschieht, damit die Arbeiter endlich Löhne leben. Nicht in den nächsten Monaten, sondern schon in ganz wenigen Tagen muß eine Verfügung ergehen, nach der die für die Sozialisierung reifen Betriebe auch sozialisiert werden. Bergbau, Elektrizitätsindustrie, Stahlwerkstand, Kaliverke und viele andere Betriebe lassen sich ohne weiteres sozialisieren. Wird das beschlossen, so verpflichte ich mich, für die Zukunft jeden Streik zu vermeiden. (Schrei: Vielele! Wenn es mit ein paar Familienklagen auf den Tisch zu machen wäre, dann wäre der Vordere der tüchtigste Mann. Aber wenn es darauf ankommt, ist die Frage praktisch und wissenschaftlich vorzubereiten, so ist er der letzte, der für die Sozialisierung etwas leiht.)

Nach längerer Aussprache und dem Schlusswort des Referenten Dillerting wurde ein Antrag Lademann angenommen, der die Regierung beauftragt, mit Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaues, zu beginnen. Anträge auf Schaffung eines Heimstättengesetzes werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Antrag, wonach die militärische Kommandogewalt in den Garnisonen in händigen Einvernehmen mit der obersten Kommandogewalt von den örtlichen Räten ausgeübt werden soll, wird angenommen.

Die Einigung der beiden sozialdemokratischen Gruppen forderte ein Antrag. Seeger-Weisig lehnt für die Unabhängigen ab.

Ein Soldatenvertreter bittet um Annahme des Antrages. Die Verhandlungen werden kurzweilig. Die Unzufriedenheiten suchen die Gegner zu überschweifen und weisen auf den Regierungsgang, insbesondere Scheidemann, der erst aus der Regierung heraus müsse, ehe von Einigung die Rede sein könne. Nach Ledebour, der sich einigen will, wenn die große Masse des Volkes sich zu seinem Programm bekannt hat, tritt Scheidemann an das Rednerpult. Minutenlang macht es ihm das Toben der Unzufriedenen im Saale und der Lärm von den Tribünen unmöglich, zum Worte zu kommen.

Scheidemann kann sich nur schwer Gehör verschaffen. Immer wieder werden seine Worte von der Unruhe und den tobenden Zurufen verdrängt. Der Volksbeauftragte weist schließlich auf den 19. Januar hin, bei dem das Volk den Lärm machern die Antwort geben werde. Dann tritt u. a. noch eine Frau für den Ausbau der revolutionären Organisationsstellen und nun wird der Rätekongress mit einem Hoch auf die deutsche Republik geschlossen.

#### Der neue Zentralrat.

Der an Stelle des bisherigen Berliner Volksrates neu gewählte Zentralrat der USA aus dem ganzen Reich, der mit parlamentarischer Kontrolle der Regierung beauftragt ist, umfaßt folgende 27 Mitglieder: Leiner-Dampfer, Maier-Obfront, Wager-Diffrent, Stange-Weißfront, Wärdmann-Weißfront, Cöhen-Reuß, Heimat, Blau-Marine, Hermann Müller-Berlin, Brotha-Rürnberg, Schaefer-Rhein, Rohmann-Dresden, Herbert-Stettin, Lampel-Domburg, Studer-Erlangen, Sörten-